

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1933-1936 1934

58 (28.2.1934) Badischer Staatsanzeiger

Legitimistische Machenschaften in Wien

Fey und Starheimberg betreiben die Rückkehr der Habsburger - Utopische Pläne

Berlin, 27. Febr. (Drahtbericht unserer Berl. Schriftleitung.) Die Siegesfeier in Wien klingen allmählich ab, aber die Lage ist deshalb nicht durchsichtiger geworden. Im Gegenteil, neue Schwierigkeiten drohen von innen und außen. Zunächst stehen noch immer die alten Streitigkeiten zwischen dem Heimwehren Starheimberg und den Christlich-Sozialen im Vordergrund. Wenn sich auch die Heimwehren bei der Niederwerfung der Sozialdemokratie, wie allgemein festgestellt wurde, keine allzu großen Vorbeeren errungen haben, so möchte doch vor allem Herr Fey die augenblickliche Situation zur endgültigen Befestigung seiner Stellung ausnutzen. Die neue Verfassung, für die die Vorarbeiten bereits in 10 bis 14 Tagen abgeschlossen sein sollen, soll dieses Ziel verwirklichen. So ist der Widerstand und das Mistranzen der Christlich-Sozialen gegen diese neue Verfassung zu verstehen. Vor allem besteht Zweifel darüber, wie sie überhaupt in Kraft gesetzt werden soll. Der Wunsch der Heimwehren geht offensichtlich dahin, unter Umgehung des Parlaments durch einen einseitigen Akt des Bundespräsidenten die Verfassung auf den Schild zu erheben und sie erst nachträglich durch die darin vorgesehenen Körperschaften bestätigen zu lassen.

Diese Schwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, daß Bundespräsident Miklas sich offenbar zu beratenden Experimenten nicht hergeben will. Nach den neuesten Gerüchten aus Wien ist mit einem Rücktritt des Bundespräsidenten in allernächster Zeit zu rechnen. Dollfuß und die Christlich-Sozialen geraten damit in eine böse Klemme. Von dieser Seite sucht man daher den Bundespräsidenten von seinem Vorhaben abzubringen, während die legitimistischen Kreise, die aus dem durch die Nachfolgerfrage zu erwartenden allgemeinen Wirtswar für sich die größten Vorteile erhoffen, die Gegenläufe weiter zu vertiefen suchen.

Der Legitimismus erhebt wieder offen sein Haupt und, wie aus zuverlässigen Quellen verlautet, beginnen sich die Fäden, die zwischen Wien und Prag laufen, immer enger zu ziehen. Fey und Starheimberg gehören bekanntlich zu den eifrigsten Schrittmachern der habsburgischen Restauration. Man spricht jetzt schon offen von einer Rückkehr der Habsburger und hofft damit den Nationalsozialismus erledigen zu können.

Wenn man die realen Tatsachen ins Auge faßt, so erscheinen alle diese Machenschaften selbstredend nicht nur als Utopie, sondern auch als Gefährdung des europäischen Friedens. Abgesehen von der innerösterreichischen Lage, die durch die Volksmeinung gekennzeichnet ist, übersehen jene Kreise ganz und gar die außenpolitische Situation, die sich seit den blutigen Vorgängen in Wien bedeutend verschlechtert hat. In England hat eine allgemeine Ernüchterung Platz gegriffen, aber

auch in Paris und Prag beginnt man sich ganz offensichtlich von den Plänen der österreichischen Machthaber zu distanzieren. Der Protest Benelux und Titulescus hat offenbar seinen Eindruck in Paris nicht verfehlt. Dem „Paris Soir“ zufolge hat der französische Botschafter in Wien Dollfuß erklärt, Frankreich könne einen österreichisch-ungarischen Bloß nicht billigen, weil die kleine Entente ihren schärfsten Widerstand angekündigt habe. Damit dürfte auch der auf italienische Initiative zurückgehende Plan eines neuen Donaubloßes in seinem Werte erheblich gesunken sein. Man kann nicht annehmen, daß Mussolini, als dessen größte Stärke bisher sein Blick für die Realitäten galt, seine Pläne allein auf die Heimwehren des Herrn Starheimberg bauen will. Der Nationalsozialismus kann in Österreich durch nichts mehr beseitigt werden; an dieser Tatsache, die die einzige politische Realität in Österreich darstellt, werden alle Pläne, die auf eine Trennung Österreichs vom Schicksal des Reiches hinauslaufen, scheitern müssen.

Erzherzog Eugen will nicht nach Wien

Basel, 27. Febr. Zu der Wiener Meldung, wonach der in Basel lebende Erzherzog Eugen möglicherweise als Bundespräsident der Republik Österreich in Aussicht genommen werde, erzählt die Schweizerische Depeschagentur aus der Umgebung des Erzherzogs, daß diese Nachricht für den angehenden Anwärter völlig neu sei. Erzherzog Eugen habe sich nach dem Umsturz in Österreich im Jahre 1919 nach Basel begeben, wo er seither in einem Hotel in völliger Ruhe und Zurückgezogenheit lebe. Der frühere Heerführer sei heute über 70 Jahre alt und scheine wenig Neigung zu haben, den ruhigen Lebensabend gegen ein so exponiertes Amt zu vertauschen.

Österreichs „Unabhängigkeit“

Der angebliche Schritt des französischen Gesandten in Wien.
Scharfe Stellungnahme des „Lavoro Fascista“.

Rom, 27. Febr. Die Nachricht von einem angeblichen Schritt des französischen Gesandten in Wien in der Frage der italienisch-österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit erregt in Italien starkes Aufsehen. Der Außenpolitiker des „Lavoro Fascista“ sagt, wenn die Nachricht den Tatsachen entspreche, würde ein solcher Schritt eine nicht zu rechtfertigende Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs bedeuten und eben jene Unabhängigkeit verletzen, die Frankreich ebenso wie Italien unbedingt aufrecht erhalten wolle.

Sehen denn, fragt das Blatt, die französischen Kreise nicht ein, daß ein solcher Schritt der ganzen deutschen Presse den Vorwand geben

könnte, von neuem zu behaupten, daß in Wirklichkeit Österreich gar kein unabhängiger Staat mehr sei, obwohl das von Seiten der Westmächte immer betont werde.

Für Italien sei Österreich ein unabhängiger Staat, und die italienische Regierung werde Österreich bei der Besserung seiner wirtschaftlichen Lage immer unterstützen, ohne sich darum zu kümmern, was man darüber in Berlin und auch in Paris denken könnte.

Vertrauensvotum für Doumergue

Paris, 27. Febr. Der Senat hat in seiner Nachmittags-session den Artikel des Haushaltsplanes, durch den die Regierung für dieses Jahr ausnahmsweise ermächtigt wird, auf dem Verordnungsweg alle erforderlichen Einparierungen zu machen, angenommen. Ein Antrag

eines sozialistischen Senators, diesen Artikel an den Ausschuss zurückzuverweisen, weil die Erteilung eines solchen Ermächtigungsgesetzes der republikanischen Tradition widerspreche, wurde vom Senat mit 277 gegen 10 Stimmen abgelehnt, nachdem Ministerpräsident Doumergue die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Tragischer Tod eines jungen Deutschen

Von einem lettischen Schüler erstochen

Riga, 27. Febr. Vor den Augen zahlreicher Zuschauer entstand am Montagnachmittag auf der Straße zwischen einigen Schülern ein Handgemenge. Der 19-jährige deutsche Schüler Kurt Mastig wurde umringt; als er sich zu befreien suchte, rief ihm ein lettischer 10-jähriger Schüler einen Dolch in die Brust. Der schwerverletzte Mastig starb in der Nacht zum Dienstag.

Nach der Darstellung der Eltern des ermordeten Schülers besand sich dieser auf dem Wege zu einer Wäscherin und summierte leise ein deutsches Lied vor sich hin. Daraufhin wurde der von lettischen Schülern angehalten, worauf es dann zu dem tragischen Vorfall kam.

Badischer Staatsanzeiger

Seite 33

28. Februar 1934

Amtlicher Teil

Wohnungsumzüge zum 1. April und Wohnungsinstandsetzungen

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Da der 1. April in diesem Jahr auf den Oster Sonntag fällt, werden die Umzüge auf diesen Termin gewisse Schwierigkeiten bieten. Dazu kommt, daß die Hauseigentümer aus Anlaß des Mietwechsels mit Rücksicht auf die derzeitigen Reichszuschüsse besonders zahlreiche Instandsetzungen vornehmen lassen werden. Es ergeht daher an alle Beteiligten — Hauseigentümer, Mieter, Expeditiousunternehmen und Handwerker — die dringende Mahnung, alles anzubieten, was nur irgendwie zur Vermehrung einer Zusammenbringung dieser Geschäfte und zur Erleichterung einer reibungslosen Abwicklung geschehen kann. Jeder Einzelne, der hierzu beitragen kann, ist auch hierzu verpflichtet. Von solchen Mietern, die in bereits freibleibenden Wohnungen umziehen können, muß daher erwartet werden, daß sie möglichst frühzeitig umziehen, so daß alsdann auch die Mietnachfolger in ihre Wohnungen wiederum vor dem 1. April einzühen können. Die Hauseigentümer müssen ihrerseits alles daran setzen, einen solchen frühzeitigen Einzug zu erleichtern.

Soweit aus Anlaß des Mieterwechsels Instandsetzungen vorgenommen werden, ist es gleichfalls dringend erwünscht, daß damit alsbald begonnen wird und dadurch die Arbeiten auf einen längeren Zeitraum verteilt werden. Die Mieter werden daher dringend ersucht, eine frühzeitige Ausführung von Instandsetzungen zu gestatten, etwaige Unannehmlichkeiten und Einschränkungen auf sich zu nehmen und dieses Opfer für die übrigen Beteiligten zu bringen.

Erfüllen alle diese aus der Volksverbundenheit sich ergebenden, für jeden nationalsozialistisch empfindenden Volksgenossen übrigens selbstverständlichen Verpflichtungen, dann wird es auch bei dem diesjährigen Aprilumzug und den damit verbundenen Expeditious- und Handwerkerarbeiten möglich sein, diese ohne allzu starke Reibungen zu bewältigen.

Betrieb des Landesbades in Baden-Baden

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Das Landesbad in Baden-Baden wird, da zahlreiche Neuanmeldungen vorliegen, am Dienstag, den 6. März 1934, wieder eröffnet.

Deutsches Holz im „Deutschen Heim“

Wanderhain der Arbeitsgemeinschaft Holz in der Landesgewerbestelle Karlsruhe
Die Ausstellung dauert vom 24. Februar bis 14. März und ist dem allgemeinen Besuch werktätig zugänglich von 10—18 Uhr und 15—10 Uhr, an Sonntagen von 11—18 Uhr und 15 bis 18 Uhr.

Der Eintritt ist frei. Sachmännische Führungen finden ebenfalls kostenlos im Verlauf der Ausstellung statt. Der Besuch ist vor allem auch für alle diejenigen zu empfehlen, die sich um Ehestandsarbeiten bewerben und wird ebenso bezeichnend für die Fachleute wie auch für die Allgemeinheit dienen.

Druckschriftenverbot

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wird die Verbreitung nachstehender Druckschrift im Inland bis auf weiteres verboten:

Rome Zucchi (La vie nouvelle) Paris (Frankreich), Geburt des Dritten Reiches (Werk von Konrad Heiden, Verlag Dreyer und Helbling, Europa-Verlag) Zürich (Schweiz).

Lichtbilder von der Vereidigung und Helbengedenkfeier

Die Landesstelle Baden-Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Abt. Lichtbilddienst, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 15, benötigt Lichtbilder von der Vereidigung und Helbengedenkfeier der Aufmarschbezirke Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz. Die Bildsendungen wollen der obengenannten Lichtstelle zur Verfügung gestellt werden.

Amtliche Bekanntmachungen

Waldhof-Kyothete in Mannheim.

Die Berechtigung zum Betriebe der Waldhof-Kyothete in Mannheim, welche durch den Tod des bisherigen Inhabers frei geworden ist, wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind spätestens bis 24. Februar 1934 unter Anschlag folgender Nachweise (in Schnellbestell geordnet) einzureichen:

1. Lebenslauf mit Angabe der beruflichen Tätigkeit und der Familienverhältnisse,
2. Geburtszeugnis,
3. Staatsangehörigkeitsausweis,
4. Eidesstattliche Erklärung über die arische Abstammung des Geschäftsführers (und seiner Ehefrau),
5. Approbationsurkunde,
6. Nachweise über etwa geleisteten Nebenberuf,
7. Ähnlich beständige Zeugnisse über die bisherige Tätigkeit seit Erlangung der Approbation,
8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung,
9. Vollständige Vermögensverhältnisse,
10. Nachweis über den Besitz der voraussichtlich erforderlichen Betriebsmittel (mit Nachweise aus längerer Zeit können berücksichtigt werden, die den Vermögenswerten in Reichsmark angeben).

Bei der Konzessionserteilung wird unter sonst gleich bedingten Bewerbern grundsätzlich ehemalige Frontkämpfer (Schwerkriegsbeschädigten), ferner andererseits Bewerber vorzuziehen, die den Vermögenswerten in Reichsmark angeben.

M. A. K. S. d. e., den 26. Februar 1934.
Der Minister des Innern.

Pressegesetzlich verantwortlich: H. Pottier, Karlsruhe

Neue Reichs-Straßenverkehrsordnung

Einheitliches Reichsrecht auf den Straßen

Berlin, 27. Febr. Im Reichsverkehrsministerium wird zur Zeit eine Reichsstraßenverkehrsordnung vorbereitet, die einheitliche Vorschriften für den gesamten Verkehr auf der Straße, also nicht nur für den motorisierten Verkehr, sondern auch für Fußgänger, Fuhrwerke, Straßenbahnen, Fuhrgänger, marschierende Abteilungen usw. umfassen soll. Eine solche reichsrechtliche Regelung ist durch die Novelle zum Kraftverkehrsgesetz vom 18. Dezember 1933 endlich möglich geworden.

Zugleich wird auch das bisherige Kraftfahrrecht, das in der Reichsverordnung über Kraftfahrzeugverkehr enthalten ist, neu gestaltet; die Vorschriften über Bau, Zulassung und Führung von Kraftfahrzeugen sind von Grund auf umgearbeitet und vereinfacht worden. Der Entwurf ist soweit fertiggestellt, daß er im Anschluß an die Automobilausstellung mit den beteiligten Kreisen beraten werden kann.

Der Reichsverkehrsminister hat auf Grund der ersten Verordnung über den Neuaufbau des Reiches vom 2. Februar 1934 die Landesregierungen ersucht, keine Maßnahmen mehr zu treffen, die der Reichsstraßenverkehrsordnung vorgreifen könnten.

Kongress der Wirtschaftspolitischen Gruppe des Führers

Berlin, 27. Febr. In der Zeit vom 2. bis 4. März findet, wie das W.D.Z.-Büro meldet, in Bad Lauscha bei Leipzig eine Tagung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NS.-D.P., Reichsleitung, statt, die von ihrem Leiter, Bernhard Kähler, einberufen wurde. Sämtliche Gauwirtschaftsberater und alle übrigen Mitglieder der Wirtschaftspolitischen Gruppe des Führers werden daran teilnehmen. Es wird auch der Beauftragte des Führers für Wirtschaftspragen eine Anfrache hal-

ten. Von den weiteren Vortragsthemen seien erwähnt: Tendenzen und Möglichkeiten zur Dezentralisierung von Großbetrieben und ihre strukturelle Bedeutung und „Der Aufbau der Fährung durch den Gauwirtschaftsberater“. Der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung, Herbert D. a. e., wird über „Die Wirtschaftspolitik des Nährstandes“ referieren.

Aufruf an die Landjugend

In diesem Jahre verläßt eine große Anzahl der badischen Landjugend die Volksschule, um den Weg ins Leben anzutreten. Viele Eltern werden um die Zukunft ihrer Söhne besorgt sein. Ein großer Teil dieser Jugend wird wiederum versuchen, in die Stadt zu kommen, um hier irgend eine Stelle zu erhalten.

Kameraden des Landes! Bleibt draußen in eurem Bauerndorf, erlernt dort die Landwirtschaft und

werdet tüchtige Landwirte.

Ihr, die Träger der deutschen Zukunft, sollt ewig verwachsen sein mit Heumat und Scholle, ihr sollt die ewigen Kämpfer sein um jedes Stückerl Erde, ihr sollt dem Boden die Frucht abringen, damit das gesamte deutsche Volk leben kann. Ihr erfüllt damit eine heilige Pflicht allen denen gegenüber, die im deutschen Bauerntum den Quell der Urkraft der Nation erblicken.

Durch intensive Schulung auf landwirtschaftlichem Gebiete werdet ihr mit allen Sparten Eures Berufes vertraut gemacht. Berufswettkämpfe werden in Euch den Willen wach halten, von Jahr zu Jahr immer mehr zu leisten. Durch Abhaltung landwirtschaftlicher Lehrgänge wird Euch jungen Kameraden praktisch und theoretisch das Nützliche gegeben zum schweren Lebenskampf.

Bleibt auf dem Lande

zeigt durch Eure Arbeit, daß ihr gewillt seid, in der Ausübung Eures Berufes alles zu geben, damit Deutschland leben kann.

Heil Hitler!

ges. Friedhelm Kemper, M.d.R., Landesjugendführer

ges. Huber, M.d.R., Landesbauernführer

ges. G. Siekierky, Leiter des Sozialamtes der NS. Gebiet Baden.

„Der Führer“

Mittwoch, 28. Februar 1934, Folge 33, Seite 3